

Behörden von Cherson sehen Selenskij nicht als Präsidenten und wollen schnellen Beitritt zu Russland

31 Mai 2022 19:21 Uhr

Ab wann kann man von der Zugehörigkeit des Gebiets Cherson zur Ukraine in der Vergangenheitsform sprechen? De facto ist die Südukraine schon jetzt komplett abgespalten. Nun sagt sich die neue Regierung der Gebietshauptstadt im Namen der ganzen Region von Selenskij los.



Die erste Sitzung des Stadtrats von Cherson unter Teilnahme der Vertreter öffentlicher Organisationen und politischer Parteien

Wladimir Selenskij könne nicht als Präsident der Ukraine bezeichnet werden, da er in Wirklichkeit Vertreter seiner westlichen Herren sei, [erklärte](#) Kirill Stremousow, stellvertretender Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebiets Cherson, der russischen Nachrichtenagentur *RIA Nowosti*.

"Das ukrainische Volk ist zu einer Geisel der Vertreter der ukrainischen Nazi-Spitze geworden, die über ihre Gestapo-Organe, den SBU (Ukrainischer Sicherheitsdienst - Anm. der Red.), die Bevölkerung in Angst halten. Selenskij ist nicht in der Lage, sich als Präsident der Ukraine zu äußern", sagte er.

Selenskij und seine Clique würden aus dem Ausland gesponsert, und seine populistische Aussagen würden ihm von den westlichen Kuratoren in den Mund gelegt, so Stremousow. Der 45-Jährige ist seit Jahren in der Regionalpolitik Chersons aktiv. Er war früher Anhänger des Ex-Präsidenten Wiktor Janukowitsch und bekannt für seine prorussischen Ansichten gewesen. Nachdem die frühere

Gebietsverwaltung nach dem russischen Einmarsch praktisch aufgelöst worden war, bekamen Aktivisten wie Stremousow in der neuen politischen Realität die Chance auf höhere Ämter.

"Ich persönlich betrachte die Oblast Cherson nicht als eine Republik, sondern als Teil der Russischen Föderation", [sagte](#) er. Seinen Schätzungen zufolge würden 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung seiner Region für einen Beitritt zu Russland stimmen.

Gegen "Kollaborateure" wie Stremousow wird in Kiew wegen Hochverrats ermittelt. Im März gab es eine Reihe mutmaßlicher [politischer Morde](#), als ein Lokalpolitiker und ein Blogger auf offener Straße erschossen wurden. Die ukrainische Truppen geben die Hoffnung nicht auf, das Gebiet zurückzuerobern. Am letzten Wochenende gab es zwei Versuche eines Vorstoßes, die allerdings in einem Fall mit der kompletten Zerschlagung einer Bataillonseinsatzgruppe und im zweiten Fall mit dem fluchtartigen Rückzug der ukrainischen Verbände endeten.

Unterdessen gibt es fast täglich Meldungen aus Cherson über eine Normalisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens in der Region. So fand am Montag in den Räumen der Militär- und Zivilverwaltung [die erste Sitzung](#) des Stadtrats von Cherson unter Teilnahme der Vertreter öffentlicher Organisationen und politischer Parteien der Region statt.

Nun zeigen auch westliche Medien Interesse an den Perspektiven der Region aus der Sicht der tatsächlichen Lenker derer Geschicke. So [erklärte](#) Stremousow am Samstag der US-Nachrichtenagentur *Reuters* in einem Videotelefonat, dass die Entscheidung über den offiziellen Beitrittsantrag zu Russland spätestens im nächsten Jahr fallen wird. Es sei dabei wichtig, wie sich die Situation auf dem Schlachtfeld entwickeln werde.

Auf die Frage nach dem Zeitplan für den Beitritt zu Russland antwortete er: "Das wird nicht bis zum Herbst geschehen. Wir bereiten ein Verwaltungssystem vor, und dann werden wir im nächsten Jahr sehen, wie die Lage ist." Das Prozedere könne ein Referendum beinhalten.

"Wir werden später bekannt geben, wann eine Abstimmung oder ein Plebiszit geplant ist, aber es wird nicht heute und nicht morgen sein, weil unsere erste Aufgabe darin besteht, die Ordnung in der Region Cherson wiederherzustellen", [sagte](#) er.

Reuters merkt an, dass ukrainische und westliche Geheimdienste seit März darüber sprechen, dass Moskau ein Referendum über die Eingliederung Chersons abhalten könnte, wie es dies nach der Einnahme der Krim im Jahr 2014 getan hatte.

Ein Detail fällt der US-Agentur ins Auge: Im Kabinett des provisorischen Gebietsvize Stremousow hängt ein Porträt Wladimir Putins und eine eingerollte russische Trikolore. Ihm zufolge ist das Scheitern der militärischen Einnahme von Nikolajew schuld daran, dass Cherson bislang noch keine Schritte zum Beitritt zu Russland einleitete.

Nikolajew ist die nächste Gebietshauptstadt im Schwarzmeergebiet der Südukraine und nur knapp 60 Kilometer von Cherson entfernt. Russische Truppen sahen bislang von der Erstürmung von Nikolajew ab, liefern sich aber Artillerieduelle und Positionskämpfe mit ukrainischen Truppen an der Trennlinie in ca. 20 bis 30 Kilometer Entfernung von der Stadt. Russische Truppen beschießen regelmäßig Militäreinrichtungen in Nikolajew mit Präzisionswaffen, darunter das Gebäude der Gebietsverwaltung mit

dem Stab der Territorialverteidigung und eine Kaserne. Stremousow geht vom baldigen Sturm auf Nikolajew aus.

"Sobald wir von der Nikolajew-Gruppe (der ukrainischen Streitkräfte) befreit sind, die ständig die Stadt Cherson beschießt, wenn wir die Region Nikolajew einnehmen und unsere Kollegen und Bürger in den Regionen Nikolajew und Odessa befreit sind, wird es viel einfacher sein, einige Entscheidungen zu treffen."

Unabhängig von der militärischen Lage schreitet die faktische Eingliederung Chersons in die Russische Föderation jedoch weiter voran. Am 25. Mai hatte Putin einen Erlass unterzeichnet, der es den Einwohnern von Cherson und der benachbarten Region Saporoschje ermöglicht, im Schnellverfahren die russische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Am 30. Mai stellten schon mehrere Dutzend ukrainischer Bürger in den extra dafür geöffneten Büros der russischen Migrationsbehörde ihre ersten Anträge.

Seit die Ukraine Mobilfunkdienste in den beiden "besetzten" Gebieten abgeschaltet hatte, wurden die beiden Regionen praktisch über Nacht an das russische Mobilfunknetz angeschlossen. Russland übernahm auch die Auszahlungen von Renten und Beamtengehältern in russischer Währung. Dazu sagte Stremousow: "Mit der Zeit werden wir den Dollar vollständig aufgeben, die Abhängigkeit der Griwna vom Dollar vollständig aufgeben und zum Rubel übergehen, so wie sie es auf der Krim getan haben."

Im Mai erklärten mehrere russische Amtsträger, dass es für die von Russland kontrollierte Gebiete im Süden kein Zurück in die Ukraine geben wird. So erklärte am 6. Mai Andrei Turtshak, Chef der russischen Regierungspartei Einiges Russland, bei einem Besuch in Cherson, Russland werde "für immer" in der Region bleiben. So auch der stellvertretende russische Ministerpräsident Marat Chusnullin, der am 18. Mai bei seinem ersten Besuch dieser Region sagte:

"Ich denke, die Perspektive der Region liegt darin, in unserer einträchtigen russischen Familie zu arbeiten. Deswegen bin ich hierhergekommen, um maximale Hilfe in der Integration zu leisten."